

An den
Landrat des Kreises Kleve
Herrn W. Spreen

im Hause

16.11.2009 rk/kp

Betr.: Sitzung des Kreisausschusses am 26.11. und des Kreistages am 17.12.2009
hier: Beantragung und Behandlung des Tagesordnungspunktes
„Auftragsvergaben beim Bau der Hochschule Rhein-Waal“

Sehr geehrter Herr Landrat,

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt zum o.a. Tagesordnungspunkt folgendes zu beschließen:

Der Kreistag Kleve fordert den Landrat des Kreises Kleve und die Mitglieder des Aufsichtsrates der KKB auf, beim Bau der Hochschule Rhein-Waal die Möglichkeiten nach §97 Absatz 4 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung) zu nutzen und es der KKB dadurch zu ermöglichen, bei der Auftragsvergabe zusätzliche Bedingungen in sozialen, umweltbezogenen und innovativen Bereichen einzufordern.

Zusätzliche Bedingungen, die mit dem Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts vom 20.April 2009 nun ins deutsche Recht umgesetzt wurden, sind zum Beispiel:

- die Einhaltung von Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), d.h. für den Bezug von Waren gilt - auch für die Lieferkette - das sie unter dem Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden.
- Darüber hinaus kann nun gefordert werden, dass der Auftraggeber für die Auftragsausführung zu einem bestimmten Teil Arbeitssuchende, insbesondere Langzeitarbeitslose oder ältere Arbeitnehmer einstellt.
- Es kann auch die Beschäftigung einer bestimmten Zahl von Menschen mit Behinderungen, insbesondere schwerbehinderten Menschen, bei der Auftragsausführung verlangt werden.
- Es kann verlangt werden, dass Auszubildende im Rahmen der Auftragsausführung eingesetzt werden oder dass mit der Auftragsdurchführung Ausbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen zugunsten von Langzeitarbeitslosen oder Jugendlichen oder anderer ausbildungsfördernder Maßnahmen verbunden werden.
- Es kann die Beschäftigung von Frauen und Männern zu gleichen Teilen bei der Ausführung verlangt werden und das für vergleichbare Tätigkeiten gleiche

Entgelttarife für Frauen und Männer verlangt werden.

Begründung:

Der Kreis Kleve geht bei der Auftragsvergabe mit gutem Beispiel voran. Ausbeutung und Lohndumping lehnen wir ab. Beim Bau der Hochschule wollen wir alle Möglichkeiten und Chancen nutzen, benachteiligte Gruppen des Arbeitsmarktes in Beschäftigung zu bringen.

Der Deutsche Städtetag, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützen die Kommunen und andere öffentliche Auftraggeber dabei, soziale Standards bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen rechtssicher und praxistauglich einzufordern.

So kann die öffentliche Hand mit dem novellierten Vergaberecht das Einhalten von bestehenden internationalen Regeln über Sozialstandards verlangen.

Zur Absicherung der Zuverlässigkeit und gegen Betrug, kann der Auftraggeber Vertragsklauseln bestimmen, die ihn zum Rücktritt oder zur Geltendmachung einer Vertragsstrafe berechtigt.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Katzy
Vorsitzender

gez.
Thorsten Rupp
Geschäftsführer

Zur Kenntnisnahme an: CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke